

Scholz als Anführer der Krisen-Regierung

VON JAN DREBES

So viele Reisen der Regierungsspitzen wie derzeit gab es wegen der Corona-Pandemie länger nicht – jetzt dafür umso geballter. Die Krisen der Welt erfordern es. Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist im Nahen Osten und versucht, mit der neuen Energiepolitik nebenbei mehr Frieden zu stiften. Außenministerin Annalena Baerbock (ebenfalls Grüne) ist in Pakistan, spricht dort über die schwierige Lage in Afghanistan und sitzt vorerst mit einem positiven Corona-Test in Islamabad fest. Die geplanten Stopps in Griechenland und der Türkei, wo es derzeit mächtig kracht, muss sie kurzfristig absagen. Und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Anführer der Krisen-Regierung? Der ist auf Staatsbesuch in Litauen, das zum Schutz der Ostflanke des Militärbündnisses vor Russland Tausende Nato-Soldaten beherbergt.

Dass die wichtigsten Regierungsvertreter Deutschlands im Moment viel unterwegs sind, ist richtig, die vielen Gespräche sind unerlässlich. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Einhaltung der Zusagen, die Spitzenpolitiker bei ihren Reisen fast immer im Gepäck haben. Auf Scholz kommt es dabei nun besonders an. Er kann es sich nicht länger leisten, als Zauderer in den Staatenbündnissen und der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Zwar hat er in den vergangenen Wochen immer wieder Anläufe unternommen, um dem entgegenzuwirken. Seine militärischen Versprechen im Rahmen der Nato müssen er und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) nun aber rasch umsetzen. Doch schon zeichnet sich die nächste Falle ab: Sollte Spanien tatsächlich deutsche Leopard-Panzer an die Ukraine liefern wollen, müsste die Bundesregierung bei einem entsprechenden Antrag schnell Farbe bekennen. Das dürfte Scholz jedoch bei Kampfpanzern angesichts bisheriger Abwägungen nicht leichtfallen.

Ein langer Weg zum Tierwohl

VON HAGEN STRAUSS

Daran besteht kein Zweifel: Immer mehr Verbrauchern ist es sehr wichtig, dass Tiere vernünftig gehalten werden. Es gibt einen gesellschaftlichen Willen, die Geschöpfe mehr zu respektieren, das Tierwohl stärker in den Mittelpunkt zu stellen – und nicht das Billigschnitzel aus der industriellen Fleischproduktion.

Eine staatliche Kennzeichnung, die Klarheit und Wahrheit bietet, kann also dafür sorgen, dass sich die Konsumenten an der Fleischtheke entsprechend verhalten. Sie beinhaltet mehr Verlässlichkeit als das, was an freiwilligen Siegeln oder Hinweisen so auf dem Markt ist, erdacht von großen Handelskonzernen mit ihren eigenen Interessen. Eine Garantie dafür gibt aber auch Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) nicht. Schon gar nicht in Zeiten, in denen die Preise wegen des Ukraine-Krieges steigen und die Inflation hoch ist.

Günstiges Fleisch auf dem Grill kommt da vielen Bürgern derzeit nur recht. Weshalb Özdemir seine Pläne auch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt vorgelegt hat. Deswegen bleibt er vage bei der weiteren Finanzierung des vielfach nötigen Stallumbaus in der Landwirtschaft. Denn das eine (die Kennzeichnung) ist ohne das andere (neue Ställe) nicht zu leisten. Ohne Krise und ohne Krieg, wären die Kosten dafür vermutlich beim Verbraucher abgeladen worden, Stichwort Tierwohlabgabe. So aber tobt nun eine Debatte darüber, Lebensmittel von staatlicher Seite wieder günstiger zu machen. Und innerhalb der Ampelkoalition ringt man um das weitere finanzielle Vorgehen. Es zeigt sich: Grüne und Liberale harmonisieren auch hier nicht. Für Cem Özdemir wird es daher ein Langstreckenlauf werden, bis die erste staatliche Kennzeichnung für Schnitzel & Co tatsächlich zu sehen sein wird. Aber wenigstens ist der Minister schon mal gestartet.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ESSAY Hier werden Corona-Verordnungen gelockert, dort schon wieder Warnungen vor dem Herbst laut. Nach zwei Jahren Pandemie gibt es ein neues Problem: Gleichgültigkeit. Dieses könnte man leicht lösen.

War da was?

VON JULIA RATHCKE

Die Entwicklung könnte kaum paradoxer verlaufen. Maßnahmen entfallen, Verordnungen laufen aus, und das seit Wochen derart beiläufig, dass es kaum noch eine (Eil)Meldung wert ist. Dass die sonst so innig verfolgte Ministerpräsidentenkonferenz kürzlich erstmalig sogar wieder in Präsenz stattfand, haben wohl die Wenigsten überhaupt mitbekommen. Worüber die Länderchefs beraten haben, dürfte schon interessieren: Die Vorbereitung auf den Corona-Herbst – die Kehrseite der sommerlichen Sorglosigkeit, die die Lage 28 Monate nach Beginn der Pandemie so widersprüchlich erscheinen lässt.

Dabei plätschert das Pandemiegeschehen so vor sich hin. Die bundesweiten Einreiseregeln kurz vor Feiertagswochenenden wurden verworfen – na und? Festivals und Konzerte mit Zehntausenden ohne jede Corona-Regel finden statt – warum nicht? In Geschäften, am Arbeitsplatz, in öffentlichen Gebäuden gilt keine Maskenpflicht mehr – wo muss man Masken überhaupt noch tragen? Und selbst in Bussen und Bahnen (dort sind sie weiter Pflicht) scheint eine Übergangszeit angebrochen: Wer sie trägt, gerne, wer nicht, auch nicht schlimm. Alles kann, nichts muss. Kontrolliert oder sanktioniert wird nur noch selten.

Eine neue Dimension im Umgang mit Regeln offenbart eine Mitteilung der Lufthansa jüngst: Die Crews des Unternehmens seien ab sofort nicht mehr angehalten, die Maskenpflicht durchzusetzen, hieß es. Die Zahl der Konflikte um die Corona-Schutzmaßnahmen habe so zugenommen, dass man von diesem „Sicherheitsrisiko“ lieber abrücke. Kapitulation könnte man sagen, Anpassung an die Allgemeinheit, meint die Lufthansa. Schließ-

lich gebe es in den meisten Ländern nun mal keine Maskenpflicht mehr. Und tatsächlich verleitet der Blick ins Ausland zur Annahme, Covid sei überwunden, die Seuche ein Kapitel für die Geschichtsbücher, Schutzmasken nur noch Reliquien einer Lebensphase, die viele nur vergessen wollen. An den Stränden tummeln sich Touristen, das Party-Mallorca ist zurück und selbst im hart getroffenen Italien findet erstmalig wieder eine Militärparade zum Nationalfeiertag statt.

Corona, wen kümmert's noch? Wenn selbst der Münchener Oberbürgermeister fordert: Wieso 2022 nur ohne Corona-Einschränkungen oder gar nicht! Behalten die Skeptiker aus der Wissenschaft mit ihren Herbstprognosen recht, muss man sagen: dann wohl gar nicht. Schon jetzt überrollt die neue Omikron-Variante BA.5 Portugal, wo sich die Inzidenz innerhalb kürzester Zeit auf 1800 vervierfacht hat. Zudem steigt dort die Zahl der Krankenhauspatienten wieder an – und das bei einer hohen Impfquote von 87 Prozent.

Wie in Deutschland gibt es dort bis auf die Maskenpflicht im Nahverkehr keine Maßnahmen mehr.

Mit dieser Hiobsbotschaft ist in diesen Tagen auch einer wieder auf den Plan gerufen, den viele nicht vermisst haben dürften. Lothar Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) und Mahner der Nation, tut es wieder: Deutschland müsse sich dringend auf den Herbst vorbereiten, sagte er jüngst im Bayerischen Rundfunk und forderte einen gesetzlichen Rahmen, falls die Infektionszahlen nach dem Sommer wieder steigen. Die aktuelle Fassung des Infektionsschutzgesetzes, das zum 23. Septem-

ber ausläuft, bietet tatsächlich nicht mehr die Möglichkeit für schärfere Instrumente. Schon die Hotspot-Regel, nach der sich Länder zwecks Aufrechterhaltung strenger Regeln zu Hotspots erklären durften, hatte bis auf Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern kaum ein Land genutzt.

Unklarheiten führten dabei einige Länder als Grund an. Unklarheiten –

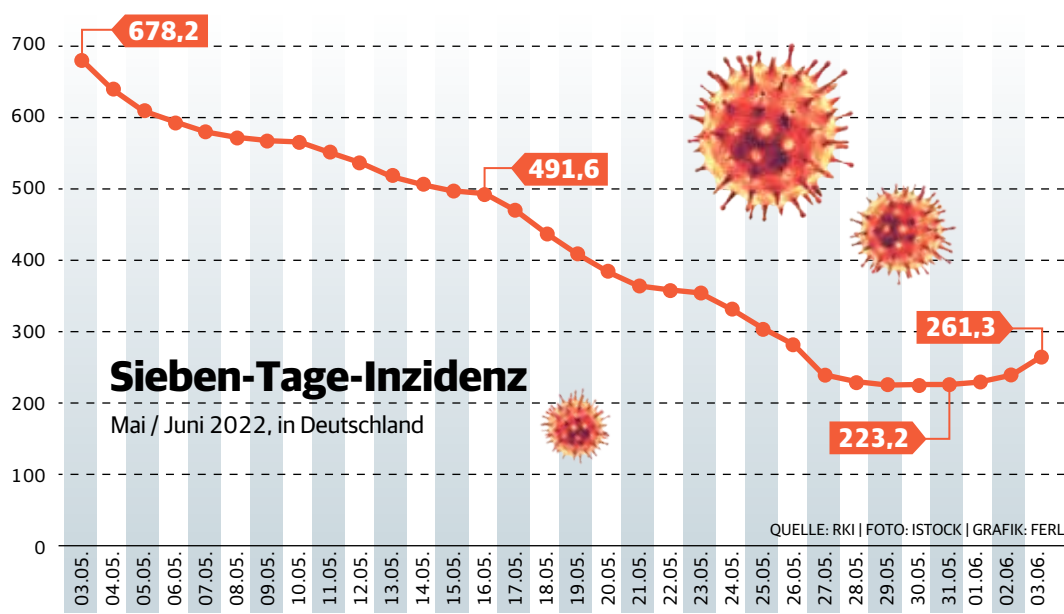
davon gab es seit März 2020 mehr als genug. Und die Unklarheiten im Großen wie im Kleinen sind es, die nicht nur juristisch, sondern auch gesellschaftlich wieder und wieder zum Fallstrick werden. Nie wurde eine klare Exitstrategie formuliert, nie ein konkreter Ausweg aufgezeigt. Es fehlt das Ziel, auf das jeder für sich, alle gemeinsam hinarbeiten. Das muss kein „Freedom Day“ sein, wie ihn Großbritannien und Teile der USA zelebrierten. Ein Auslaufenlassen, eine Art Soft-Closing der Pandemie kann es aber auch nicht sein.

„So sehr wir es uns alle wünschen – die Pandemie ist noch nicht vorbei“, sagte Hendrik Wüst (CDU) in seiner Funktion als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz vergangene Woche: „Ein erneutes Hin und Her zwischen Lockdown und Öffnung wollen wir unbedingt vermeiden.“ Dabei ist das Herumlavieren in dieser Phase zwischen Sorglos-Sommer und Horror-Herbst vielleicht sogar das größere Übel. Statt abzuwarten und einzelne Maßnahmen auslaufen zu lassen, wären klare Regeln, deutliche Worte und ein transparenterer Umgang mit Worst-Case-Szenarien der klügere Weg.

RKI-Chef Lothar Wieler sprach zu Beginn der Pandemie immer wieder davon, dass die Menschen eines Tages in eine neue Normalität zurückkehren und lernen müssten, mit dem Virus zu leben. Soziologen sprachen davon, dass es eine Art Veralltägung der Krise geben wird, um überhaupt längerfristig mit ihr umzugehen. Inzidenzen und Todeszahlen gedanklich zu vernachlässigen und Dinge wieder zu genießen, ist dabei das Eine. Impfzentren zu schließen, Maßnahmen ersatzlos aufzuheben und Infektionen eben so hinzunehmen, das Andere. Corona, besser gesagt das Chaos um Corona, wird so nicht überwunden.

„So sehr wir es uns alle wünschen – die Pandemie ist nicht vorbei“

Hendrik Wüst
Vorsitzender
der Ministerpräsidentenkonferenz



WISSENSDRANG

Im Prozess der beiden Hollywood-Stars Johnny Depp gegen Amber Heard hat eine amerikanische Jury Heard der böswilligen Verleumdung ihres Ex-Mannes schuldig gesprochen. Heard hatte sich 2018 in einem Meinungsartikel in der „Washington Post“ als „öffentliche Figur, die häuslichen Missbrauch repräsentiert“ bezeichnet.

Heard ist nicht die Erste, die versucht, ihrer Karriere einen neuen Schub zu geben, indem sie sich öffentlich als Opfer inszeniert. Für ihren Ex-Ehemann aber bedeutete die Beschuldigung physischen und sexuellen Missbrauchs das Ende seiner bisherigen Filmkarriere. Er wehrte sich mit Klagen. In England mit Misserfolg. In den USA mit Erfolg. Wenn zwei sich gegenseitig der Gewalt bezichtigen,

„Me too“-Anliegen falsch verstanden

Warum das Urteil im Prozess Depp gegen Heard nicht frauenfeindlich ist.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

muss eine Jury sich fragen, wer glaubwürdiger ist. Wer wurde auch außerhalb und vor der Ehe gewalttätig gegen andere? Bei wem stellen sich einzelne Behauptungen als Lügen heraus? Die Beweislage sprach ziemlich eindeutig gegen Heard und für Depp. Leider ist zu erwarten, dass das Urteil auch echte Opfer von Gewalt und Missbrauch von berechtigten Klagen abschrecken wird. In der deutschen Presse werden daher Befürchtungen laut, die Jury habe ausgerechnet im Land der „Me too“-Bewegung die Frauenfeindlichkeit der Gesellschaft zur Richtschnur ihres Urteils gemacht. Damit folgt die Presse dem Argumentationsmuster von Heard, die aus der „Me too“-Bewegung eine Parodie macht. Als wäre es ein Erfolg von „Me too“, wenn Frauen immer ge-

glaubt würde, auch wenn die Beweise gegen sie sprechen.

In der „Me too“-Bewegung geht es nicht um die Reaktivierung von Klischees weiblicher Naivität und Hilflosigkeit. Sie hat ein neues Problembewusstsein für die sexuelle Ausbeutung von Frauen in beruflichen Abhängigkeiten geweckt. Es ist für Männer schwieriger geworden, solche Abhängigkeiten auszunutzen. Heard sieht durch das Urteil ihr Recht verletzt, „frei und offen zu sprechen“. Meinungsfreiheit schließt jedoch nicht das Recht zu ehrverletzender Diffamierung ein.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.